

Oktober

Ausgabe 5, 2010

Themen dieser Ausgabe:

- *Hartz IV –
Regelsätze*
- *Schulgesetz:
Unterricht und
Schulformen*
- *Qualitäts-
kennzeichnung von
Lebensmitteln und
Gastronomie*
- *AKW-Sicherheit*
- *Abschiebehaft*
- *Basisfallwerte/
Krankenhäuser in
SH*
- *Aufsichtsräte*
- *Integrationsdebatte
(Sarazzin)*
- *Ökolandbau*
- *Häusliche Gewalt*
- *Ölförderung im
Wattenmeer*
- *Spielbankengesetz*
- *Justizvollzugs-
anstalten in SH*
- *Tariftrue- und
Vergabegesetz*

Die neuen Hartz IV-Regelsätze schreiben den Verfassungsbruch fort

Die Neufestsetzung der Hartz IV-Regelsätze mit der Miniaturerhöhung um fünf auf 364 Euro war das Thema der Aktuellen Stunde zu Beginn der Landtagssitzung am Mittwoch. Für die Fraktion DIE LINKE griffen die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Antje Jansen und der Fraktionsvorsitzende Heinz-Werner Jezewski in die Diskussion ein.

Die klare Forderungen der LINKEN bleiben eine transparente Neuberechnung des tatsächlichen Grundbedarfs für eine menschenwürdige Lebensführung und mit einer Anhebung auf mindestens 500 Euro deutlich höhere Regelsätze.

Antje Jansen stellte dazu fest: „Die Anhebung der Regelsätze für alleinstehende Erwachsene um fünf Euro ist ein Hohn.“ Sie kritisierte das gewollt undurchsichtige Zustandekommen der neuen Regelsätze, die offensichtlich schon vorab politisch festgelegt worden seien. Hartz IV bleibe Armut per Gesetz, und das gelte insbesondere für die Kinder: „Die schwarz-gelbe Deformierung des Verfassungsgerichtsurteils vom Februar kennt keinerlei Schamgrenze. Eine gesunde Ernährung für Kinder bleibt unerreichbar. Ob von 78, von 96 oder von 124 Euro; es ist davon nicht zu bezahlen.“ Das Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ laufe mit dem Verweis auf die neuen Kinderregelsätze zum Jahresende aus. Und das so genannte Bildungspaket der Bundesministerin schaffe nicht die versprochene Abhilfe. „Kinder werden häufig mit leerem Magen nach Hause gehen müssen“, führte Antje Jansen weiter aus: „Der jetzt errechnete Kinderregelsatz reicht vorne und hinten nicht. Dabei sind es die Kinder, die am meisten unter der Armut ihrer Eltern leiden. Hartz IV-Familien haben viele Probleme, die garantiert keine Luxusprobleme sind.“

Heinz-Werner Jezewski setzte sich in seiner Rede mit der Ermittlung der Regelsätze nach der Methode von der Leyen auseinander: „Die komplette Regelsatzermittlung offenbart sich als Gaunerstück. Hier geht es nicht um Sozialpolitik sondern um Armutsverwaltung nach Kassenlage.“

Die VertreterInnen der LINKEN Jezewski und Jansen bezeichneten die Vorlage der Bundesministerin für Arbeit und Soziales als „Fortgesetzte gesetzliche Verweigerung des Grundrechts auf ein menschenwürdiges Existenzminimum.“ Die Landesregierung dürfe sich nicht zum Komplizen dieses Verfassungsbruchs machen.

Heftige Debatte um die Schulpolitik

Das Ministerium legte am 06.10. den Entwurf für ein neues Schulgesetz vor. Bereits im Vorfeld hat es umfassende Kritik aus allen Teilen der Bevölkerung gegeben. Die Opposition im Landtag ist sich einig: Die vorgesehenen Änderungen bringen enorme Ein- und Rückschritte für die Schulen mit sich.

„Es handelt sich um ein Modell aus der Mottenkiste, welches die Schulen in ihrer Entwicklung zurückwirft“, erklärt Uli Schippels, Mitglied der LINKEN Landtagsfraktion. Die wenigen Fortschritte, die die letzte Änderung des Gesetzes 2007 gebracht hat, sollen nun wieder aufgeweicht werden. Die Binnendifferenzierung in den Gemeinschafts- und Regionalschulen wird in eine Kann-Bestimmung umgewandelt. Der Titel Gemeinschaftsschule würde dann zu einem Etikettenschwindel, wenn er drei Schulformen lediglich unter einem Dach vereint. Für Eltern würde die Transparenz enorm eingeschränkt. So wird schwer zu durchschauen sein, welches pädagogische Konzept sich hinter einer Schule tatsächlich verbirgt.

Eine elementare Schwächung der Gemeinschaftsschulen ergibt sich vor allem aus den vorgegebenen Rahmenbedingungen, die die Einrichtung einer Oberstufe zugunsten der bestehenden Oberstufen an den Gymnasien blockieren. Die Gemeinschaftsschulen (und Regionalschulen) werden so zu Restschulen, die neben den Gymnasien als elitäre Einrichtungen bestehen bleiben.

Eine weitere Idee aus der Schulgesetzüberraschungstüte ist das Y-Modell für die Gymnasien. „Herr Klug missbraucht die Schulen als Experimentierlabor“, sagte Uli Schippels in der Landtagsdebatte. „Er zieht sich selbst aus der Verantwortung und beobachtet, welches Modell sich am besten bewährt.“ Die Schulen sollen fortan selbst entscheiden, ob sie G8, G9 oder beides anbieten. Weiterhin hat Minister Klug bereits angekündigt, mittelfristig weitere Änderungen vorzunehmen. Das ständige herum schrauben an den



Uli Schippels

LINKE Abgeordnete protestieren vor dem Landeshaus mit den Frauenprotesten

„Sie gehen über Leichen!“



DIE LINKE kritisiert die gefährlichen und unsozialen Kürzungen bei den Frauenhäusern scharf und fordert eine finanzielle Ausstattung, die ihren Erhalt garantiert und deren Ausbau ermöglicht. Um dieser Solidarität Ausdruck zu verleihen, nahmen wir an der Mahnwache vor dem Landeshaus teil und sprachen mit protestierenden Frauen.



Die Abgeordnete Antje Jansen protestiert mit ihren ehemaligen Kolleginnen aus Lübeck



Strukturen setzt die Schulen zunehmend unter Druck. Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen brauchen endlich Verlässlichkeit und Planungssicherheit.

Die LINKE hat aufgrund des untragbaren Gesetzesentwurfs einen eigenen Antrag zu diesem Thema eingereicht. Darin fordern wir den Entwurf zurückzuziehen. **Änderungen im schulischen Bereich dürfen nicht zu Lasten der SchülerInnen erfolgen.**



Weiterhin fordert DIE LINKE die Konzepte „Längeres gemeinsames Lernen“ und „Eine-Schule-für-alle“ umzusetzen und die Bildungsunterschiede zu bekämpfen. Diesen

Erwartungen werde der Entwurf des Bildungsministeriums keineswegs gerecht. Aufgrund der bevorstehenden Neuwahlen liege die Vermutung nahe, dass der vorgelegte Entwurf von geringer Dauer ist und in der kommenden Legislatur erneut Reformen angesetzt werden. Wie sollen Schulen vernünftig arbeiten, wenn man ihnen unaufhörlich neue unüberlegte Systeme überstülpt? Auch die anderen Oppositionsfraktionen lehnten

den Entwurf entschieden ab. Der SSW kritisiert, dass „durch Aufhebung der Binnendifferenzierung das dreigliedrige Schulsystem durch die Hintertür wieder eingeführt wird. „Die Regierung streue Sand ins Getriebe der Schulpolitik, sodass nichts mehr laufe.“

B90/ Grüne wollen auch gern mehr Flexibilisierung wie bereits aus dem Wahlprogramm hervorgeht. Sie stellen sich eine flexible Oberstufe vor, die G8, G9, oder gar G 10 möglich macht. Wie und ob dies überhaupt gewährleistet werden kann, blieb dabei jedoch unbeantwortet. Andererseits spricht man sich für einen Schulfrieden aus, der die Mehrgliedrigkeit, wie sie derzeit vorherrscht, zementieren würde.

Während man in der Opposition Bereitschaft zeigt und fordert, gemeinsam mit Betroffenen und Experten eine tragbare Lösung zur Behebung der aktuellen Missstände im Schulsystem zu erarbeiten, sehen die Regierungsfractionen hierfür keinen Bedarf.

DIE LINKE wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass jedem Kind der Zugang zu kostenloser Bildung gewährleistet wird. Die geplante Streichung der SchülerInnenbeförderung würde dazu führen, dass viele Eltern sich das Busgeld für ihre Kinder vom Mund absparen müssen oder gar auf den Besuch einer gymnasialen Oberstufe aus Kostengründen verzichten müssen.

Für DIE LINKE gilt weiter: Bildungsabschlüsse dürfen keinen finanziellen Zugangsbeschränkungen unterliegen. Jedes Kind muss eine umfassende individuelle Förderung erhalten. Der freie Zugang zu Bildung, wie er im Grundgesetz verankert ist, darf nicht durch Sparmaßnahmen oder undurchdachte Schulgesetzänderungen gefährdet werden. Alle müssen eine Chance auf gute Bildung haben.

Gegen Unterrichtsausfall – für bessere Bildung

Im Landtag wurde der Bericht der Landesregierung zur Unterrichtssituation des vergangenen Schuljahrs 09/10 diskutiert. Dieser gibt einen Überblick über Entwicklungen und Tendenzen in schulischen Strukturen und Bereichen.

Während Minister Klug und seine Kollegen der FDP ebenso wie der Koalitionspartner CDU in den statistischen Zahlen zur Unterrichtssituation positive Entwicklungsverläufe sehen, gibt es auch viel Negatives in dem Bericht.

An den allgemeinbildenden Schulen werden sich auch in den kommenden Schuljahren rückläufige SchülerInnenzahlen abzeichnen. Der Verbleib der vorhandenen LehrerInnenstellen im System könnte damit einen maßgeblichen Beitrag zur Verbesserung der Unterrichtssituation leisten. Die Haushaltsstrukturkommission hat jedoch beschlossen, bis 2020 etwa 3650

LehrerInnenstellen einzusparen. 2900 Stellen ergeben sich dabei aus der sogenannten „demografischen Rendite“, 450 Stellen ergeben sich aus den längeren Arbeitszeiten aufgrund des Pflichtstundenerlasses (Gültig ab August).

Besorgniserregend ist die Situation an den berufsbildenden Schulen. „Auf den dortigen Anstieg der SchülerInnenzahlen wird nur unzureichend reagiert“, erklärt Uli Schippels, Mitglied des Landtages. Ausreichend LehrerInnen für diesen Bereich fehlen noch immer, was sich vor allem an der Klassenfrequenz und den erteilten Unterrichtsstunden je SchülerIn zeigt. Schleswig-Holstein liegt hier noch immer auf den hinteren Plätzen im Bundesvergleich, ebenso wie im Bereich der Grundschulen. „Wie soll in Schleswig-Holstein der Fachkräftemangel in Zukunft gedeckt werden, wenn man bereits an der Ausbildung der Jugendlichen spart? Hier fehlt es nach wie vor an einem nachhaltigen politischen Ansatz“, so Schippels. Der SSW fand überwiegend positive Tendenzen im Bericht, ebenso die SPD, die ein positives Fazit ihrer Zeit in Regierungsverantwortung zieht. DIE LINKE kritisiert genauso wie die Grünen, dass die Zahlen im Bereich des Unterrichtsausfalls keine Aussagen über schulische Realität zulassen. Noch immer wird in den



Dringlichkeits-Antrag zur Sicherheit von Atomkraftwerken bei Laufzeitverlängerung

Ein Antrag der SPD zur dringlichen Beratung über die Sicherheit der Atomkraftwerke bei verlängerten Laufzeiten wurde zu Beginn der Debatte abgelehnt. Und das obwohl in der Koalition selbst Uneinigkeit zur Thematik herrscht, da die Schleswig-Holsteinischen Atomkraftwerke extrem störanfällig sind. Ulrich Schippels für DIE LINKE befürwortete den Antrag der SPD Fraktion mit der Begründung, dass jede Debatte über die Sicherheit von Atomkraftwerken wichtig, richtig und dringlich sei, solange in Schleswig-Holstein auch nur ein Atomkraftwerk in Betrieb sei.



Die energiepolitische Sprecherin der Linksfraktion Ranka Prante zeigte sich wenig überrascht über das Verweigern der Regierungskoalition und legte das Verhalten als in Anbetracht der momentanen Sicherheitslage der alten Pannmeiler und dem letzten meldepflichtigen Störfall als „absolut verantwortungslos gegenüber der Bevölkerung“ aus. Zum Vergleich hierzu: Im niedersächsischen Landtag wurde diesen Monat heftig diskutiert. Bei uns sitzt die Übergangsregierung alles aus.

Statistiken nicht berücksichtigt, wie oft mehrere Klassen durch nur eine Lehrkraft betreut werden oder gar durch Eltern, die wegen Personalmangels kurzfristig einspringen. Diese Stunden werden nicht als Unterrichtsausfall bewertet. Eine klare Verzerrung aufgrund fehlender Validität des Messinstrumentes. Erfreulich ist, dass die LehrerInnenstunden für integrative Maßnahmen im vergangenen Schuljahr angestiegen sind, ebenso wie die Schülerinnen und Schüler, die im Rahmen integrativer Maßnahmen betreut wurden (Anstieg um ca. 9%). Auch wenn das Ministerium nun versucht durch gesetzliche Verankerung die Inkludierende Bildung zu stärken, um den Zugang zum allgemeinen Schulsystem für Menschen mit Behinderungen umfassend zu gewährleisten, wie sie in der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gefordert wird, reicht das nicht aus. Auch der Bericht belegt, dass man an dieser Stelle noch immer nicht ausreichend aktiv geworden ist.



Allgemein gilt, es gibt nach wie vor riesige Baustellen im schulischen Bereich. DIE LINKE bekräftigt deshalb noch einmal ihre Forderung, die Gemeinschaftsschulen in Zukunft weiter zu stärken, das längere gemeinsame Lernen zu unterstützen und Bildungsgerechtigkeit in Schleswig-Holstein endlich herzustellen. Wir brauchen bessere Betreuung für die Lernenden und Entlastung der Lehrkräfte, strukturelle Verbesserungen durch eine bessere Ausstattung und kleinere Klassen. Wir brauchen einen kostenlosen Zugang zu Bildung ohne Zugangsbeschränkungen aufgrund sozialer oder wirtschaftlicher Herkunft.

Reformierung des Verbraucherinformationsgesetzes und Einführung einer Qualitätskennzeichnung von Lebensmittel und Gastronomiebetrieben

Der Schutz der VerbraucherInnen vor gesundheitlichen und sozialen Risiken muss Vorrang vor wirtschaftlichen Kapitalinteressen haben. Leider gibt es immer wieder Unternehmen, die leichtfertig Gefährdungen der VerbraucherInnen in Kauf nehmen.

Hintergrund der Debatte waren die Anträge von SPD und SSW in der sie die Landesregierung auffordern, sich für ein bundesweites Kennzeichnungssystem für Lebensmittel- und Gastronomiebetriebe einzusetzen. Darin geht es um eine grundlegende Reformierung des Verbraucherinformationsgesetzes, welches in der aktuellen Version vom Bundesverband der Verbraucherzentrale als „Lachnummer“ bezeichnet wird.

DIE LINKE fordert für VerbraucherInnen das Recht auf Zugang zu Informationen und die Einhaltung von Auskunftsfristen. Das gültige Gesetz ist nichts weiter als eine zurückgelassene Baustelle der letzten Bundesregierung. Die LINKE betont deshalb noch einmal den hohen Stellenwert einer angemessenen gesetzlichen Grundlage zur Schaffung von Transparenz und Eindämmung von Lebensmittelskandalen.



Ein weiterer Punkt der Debatte befasste sich mit der Einführung des in Dänemark etablierten Smiley-Systems. Für den Verbraucher könnte so transparent und schnell vermittelt werden, ob ein Betrieb ordnungsgemäß geführt wird. Die Oppositionsfraktionen begrüßen diese Form der Kennzeichnung. Es sei eine Belohnung für alle, die gute Arbeit leisten und bei schlecht geführten Betrieben würden sie die Motivation erhöhen, die Missstände zu beseitigen, meint der SSW. Aus Sicht des

Verbraucherschutzes betrachten die Grünen das Smiley-System als durchaus sinnvoll. Die Debatte wird in den kommenden Wochen im Umwelt- und Agrarausschuss weiter beraten.

Landtagsfraktion DIE LINKE besucht Rendsburger Abschiebungshaft und stellt Antrag im Parlament zu deren Abschaffung

In der Flüchtlingspolitik haben wir diesen Monat unseren Schwerpunkt gesetzt, denn die Zustände in Schleswig-Holstein haben sich mit der liberal-konservativen Regierung verschlimmert.

Zu Beginn des Sommers hat sich in der schleswig-holsteinischen LINKEN eine Landesarbeitsgemeinschaft für Migration und Integration gegründet, deren Mitglieder sich besonders gegen das Thema Abschiebung engagieren. Auf mehreren Planungstreffen haben die Mitglieder in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat Veranstaltungen und eine Aktion entwickelt, welche nun am 2. Oktober in Rendsburg vor der Abschiebungshafteinrichtung stattgefunden hat. Teil dieser Aktion war die Einbeziehung der Landtagsfraktion, deren Abgeordnete durch die Mitgliedschaft im Landtag das Recht haben, Zugang zur Justizvollzugsanstalt gewährt zu bekommen, um den momentan dort Inhaftierten einen Besuch abzustatten.

Basisfallwerte – Planungssicherheit für Schleswig-Holsteins Krankenhäuser

Das Inkrafttreten des von Bundesgesundheitsminister Phillip Rösler in den Bundestag eingebrachten Gesetzlichen Krankenversicherung-Finanzierungsgesetzes soll nicht nur eine Zersetzung der Gesetzlichen Krankenversicherung als Solidarversicherung vorantreiben. In einer seiner Nebenwirkungen wird es die erhebliche finanzielle Benachteiligung der schleswig-holsteinischen Krankenhäuser festschreiben. In seiner Debatte um die Kappung der Konvergenz der Landesbasisfallwerte befasste sich der Landtag mit der Problematik, dass krasse Unterschiede in der Leistungsvergütung der Krankenhäuser bestehen und der Bundesgesundheitsminister den bereits begonnenen Prozess einer allmählichen Angleichung dieser Werte abbrechen will.

Fortsetzung nächste Seite



Mit Dolmetschern für jede Sprache und einem Team aus Mitarbeitern und Abgeordneten wurde die Fraktion freundlich in der Haftanstalt empfangen. Das Angebot eines kleinen Vortrages zur Haftanstalt lehnten wir dank Vorwarnungen ab. Dies hätte unsere, auf eine Stunde begrenzte, Zeit für den Kontakt zu den Häftlingen deutlich verkürzt.

In der Kommunikation mit gesprächsbereiten Flüchtlingen informierten wir uns über die Haftbedingungen und den

bürokratischen Stand im persönlichen Kampf um Freilassung oder Aufenthaltserlaubnis Einzelner. Die Gespräche waren sehr aufschlussreich. Dazu bleiben wir in Kontakt mit Flüchtlingsinitiativen und Vereinen, die sich gegen Abschiebehaft einsetzen.

Bezüglich der Haftbedingungen sind uns Klagen über die Sauberkeit der Kleidung und das einseitige Essen übermittelt worden. Weiterhin aufgefallen sind uns eine große Verzweiflung und die individuelle Suche nach Gründen für die Haft. Teilweise wollten die Inhaftierten gar nicht in Deutschland bleiben und wurden nur auf der Durchreise verhaftet. Sie begreifen nicht, warum der Staat sie einsperrt. Manchen ist wegen der Sprachschwierigkeiten nicht einmal klar, dass sie im Haus die Rechtsberatung der Diakonie in Anspruch nehmen können. Auch mit Selbstmordgedanken für die Zeit nach der Abschiebung wurden wir konfrontiert. Alles in allem hat es uns sehr getroffen, nach einer Stunde ohne helfen zu können, wieder gehen zu müssen.



Wir hoffen, dass unsere parlamentarischen Anträge und die Resonanz in der Presse ihr jeweiliges beitragen werden, diesem Leid so schnell wie möglich ein Ende zu bereiten. Bisher bleibt uns nur der Gedanke, dass wir den Häftlingen gezeigt haben, dass in Deutschland nicht alle gegen sie sind, sie unschuldig und subjektiv gesehen, unrechtmäßig festgehalten werden und dass wir weiter für sie kämpfen werden. Wir hoffen, die Menschen so in ihrem täglichen psychischen Kampf ein wenig ermutigt zu haben.

Zum Ende der Gespräche überreichten die Abgeordneten Telefonkarten an die Häftlinge, damit sie Kontakt zu ihren

Angehörigen halten können. Da uns von der Anstaltsleitung aus Persönlichkeitsschutzgründen verboten worden ist, die Häftlinge von vorn zu fotografieren und auch nach ausdrücklicher Erlaubnis seitens der Häftlinge selbst, uns mit der Entwendung der Kamera gedroht wurde, können wir hier nur Bilder mit „Rückenansicht“ veröffentlichen.

Aufsichtsräte fit machen?

Der Landtag diskutierte über einen Gesetzesentwurf von Bündnis 90/Die Grünen.

Diese wollen in der Landeshaushaltsordnung und in der Gemeindeordnung einen Passus einführen, der vorschreibt, dass in Aufsichtsgremien nur „Personen entsandt werden, die an einer Schulung zu den wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere zu den Rechten und Pflichten der Mitglieder eines entsprechenden Organs, teilgenommen haben.“

Hintergrund sind – so auch die Begründung des Antrages im Landtag – die schlechten Erfahrungen, die das Land mit seinen Aufsichtsräten bei der HSH-Nordbank gemacht hätte.

Uli Schippels hinterfragte für unsere Fraktion den Antrag. Nichts wäre bei der HSH – Nordbank anders gekommen, wenn wir einen solchen Passus in der Landeshaushaltsordnung gehabt hätten. Denn die Schulung solle ja durch die zuständigen Ministerien erfolgen, und im Fall der HSH – Nordbank wird ja die damalige Aufsichtsratsaktivität von Finanzminister Wiegand, also dem Chef des Ministeriums, kritisch hinterfragt. Nichts würde sich also an dieser Stelle ändern. Das Problem sei eher, so Uli Schippels, dass Aufsichtsräte der HSH – Nordbank wie auch der Vorstand der Bank vor allem die Profitmaximierung im Blick gehabt hätten. Das Ziel von Beteiligungen des Landes sei es aber nicht, Gewinn zu machen. Vielmehr gehe es bei öffentlichen Beteiligungen darum, direkt öffentliche Aufgaben wahrzunehmen. Diese Gemeinwohlorientierung bei Landesbeteiligungen sei bei der HSH-Nordbank über Bord geworfen worden, es ging nur noch um Eigenkapitalrendite und Börsenfähigkeit.

Um Aufsichtsräte zu schulen, müssten diese in erster Linie dafür sensibilisiert werden, dass es sich bei öffentlichen Beteiligungen nicht um normale Betriebe handele, sondern um gemeinwohlorientierte Wirtschaft. (Fortsetzung nächste Seite)



Der Basisfallwert bezeichnet dabei den Betrag, der bei der Berechnung für die Krankenhausbehandlung zugrunde gelegt wird. In ihrer Rede vor dem Landtag führte Antje Jansen aus: „Um einen gewissen Preiswettbewerb zwischen Ländern zu eröffnen, sollen Preisunterschiede bei den Landesbasisfallwerten aufrecht erhalten werden. Das ist eine 180-Grad-Wende auf dem Weg zu bundeseinheitlichen Basisfallwerten. Und es ist zugleich blühender Unsinn. Tatsache ist, dass die Krankenhäuser in Schleswig-Holstein für gleiche Leistungen niedrigere Vergütungen bekommen. Viele Krankenhäuser in Schleswig-Holstein haben sich in ihren Planungen darauf eingestellt, dass das Konvergenzverfahren zur Angleichung der Basisfallwerte in seine zweite Phase geht. Wird dieser Weg jetzt abgebrochen, entgehen bis 2014 allein dem UKSH 10 Millionen Euro. Wäre das UKSH in Hamburg ansässig, statt in Schleswig-Holstein, hätte es aufgrund der unterschiedlichen Basisfallwerte Einnahmen, die 17 Millionen Euro höher wären. Und selbst diese Differenz würde sich nochmals mehr als verdoppeln, wenn das UKSH in Rheinland-Pfalz stehen würde. Die drohenden Einnahmeausfälle der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein gefährden die Gesundheitsversorgung der Menschen in Schleswig-Holstein.“

„Wir brauchen“, so Uli Schippels in der Debatte, „dringend mehr und besser geschultes Personal im Bereich des öffentlichen Wirtschaftens, weil der Markt in vielen Bereichen nichts zu suchen hat, weil er dort schadet.“ Zum Beispiel seien Veränderungen bei Studiengängen sinnvoll, z. B. die Umorientierung von wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen von der Betriebswirtschaft in Richtung Gemeinwirtschaft. Dies sei die Zukunftsdebatte, die angesichts des Versagens der Märkte in vielen Bereichen notwendig sei, eine Debatte die das Verhältnis zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft neu diskutiert, neu justiere. Der Antrag dürfe nicht weiter wider besseres Wissens vergöttert werden. Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, so Uli Schippels abschließend, kratze nicht einmal an den wirklichen Problemen, aber er schade auch nicht! Kritik am Gesetzesentwurf der Grünen kam von allen anderen Seiten des Hauses. Letztlich wurde der Entwurf - wie üblich - in die Ausschüsse verwiesen.

Ökolandbau weiter fördern

Die Fraktion DIE LINKE sprach sich im Rahmen der Plenardebatte deutlich für die weitere Förderung des Ökolandbaus in Schleswig-Holstein aus.

Die geplante Streichung der Beibehaltungsförderung für den Ökolandbau durch die schwarz-gelbe Übergangsregierung sei nicht hinnehmbar, erklärte Ranka Prante, agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Sie erklärte, sowohl die Umstellungs- als auch die Beibehaltungsförderung von Biobetrieben sei der einzige gangbare Weg für die Gegenwart und Zukunft des Landes Schleswig-Holstein. Sie begründet dies damit, dass eine Umstellungsförderung für die ökologische Landwirtschaft nur Sinn mache, wenn die Beibehaltung auch gefördert werde. Neuen Biobetrieben käme kein Nutzen zu, wenn dafür die alten wegen ihrer Unrentabilität durch die fehlende Beibehaltungsförderung in die sichere Pleite gezwungen würden.

Ebenso sei Schleswig-Holstein dann das einzige Bundesland, das seinen Ökobauern die Förderung versage und somit in einen Wettbewerbsnachteil in Kauf nähme. Dies mahnten auch andere Oppositionsfraktionen an.

Schwarz-Gelb versuchte sich bei diesem Tagesordnungspunkt, der viele der potentiellen eigenen Wähler betraf, im Taktieren. Der agrarpolitische Sprecher der FDP lobte die Schleswig-Holsteinische Umweltministerin dafür, die Begrenzung der Umstellungsförderung auf bestimmte Gebiete zurückgenommen zu haben. Die Streichung der Beibehaltungsförderung wurde unter anderem mit einer Ungleichbehandlung zur konventionellen Anbauweise und einem „Boom“ von Öko-Produkten begründet. Der aus der Streichung resultierende wirtschaftliche Nachteil Schleswig-Holsteinischer Ökobauern zu Ökobauern aus anderen Ländern oder Staaten wurde mit dem sachfremden Argument weggewischt, dass die Schuldenbremse die Regierungskoalitionen zu diesem Vorgehen zwingt. Dass diese von ihnen selbst ohne Notwendigkeit in der Verfassung verankert wurde, wurde natürlich nicht gesagt.

Letztlich war es hier wie so oft: Wenn ordentliche Argumente nicht gefunden werden, wird die „Totschlagskeule“ Schuldenbremse herausgeholt. Damit ist auch das Ergebnis der Abstimmung klar: der Antrag wurde gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.



Workplace-Policy – Unterstützung für Opfer häuslicher Gewalt am Arbeitsplatz

Unser Antrag die Einführung und Verbreitung der Workplace-Policy in Schleswig-Holsteinischen Unternehmen und Verbänden zu unterstützen, sorgte für großen Aufruhr im Plenarsaal.

Nachdem Ranka Prante, frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, ihren Antrag u.a. mit dem großen Leid der Betroffenen von Häuslicher Gewalt und, um es den Regierungskoalition verständlicher zu machen, mit dem enormen sozioökonomischen Folgen untermauert hatte, begann ein langer Schlagabtausch. In der Debatte kamen nicht nur die jeweiligen frauenpolitischen Sprecherinnen und wirtschaftspolitischen Sprecher zu Worte, sondern es mischten sich auch zwei Politikerinnen der FDP ein. Diese glänzten mit völlig sachfremden Argumenten. Danach fühlte sich auch der Minister für Gleichstellung, Emil Schmalfuß, bemüht, etwas zur Verteidigung seiner miserablen Politik und gegen die Notwendigkeit einer Workplace-Policy zu sagen. Die Oppositionsparteien beantragten daher geschlossen Ausschussüberweisung, um über den Antrag, der offensichtlich ins Schwarze getroffen hatte, weiter debattieren zu können. Dieses wurde jedoch von der Regierungskoalition verhindert. Es ist zu hoffen, dass dieses Vorgehen, insbesondere bei den Frauen von Schwarz-Gelb an der unzureichenden Kenntnis des Antragsgegenstandes, also der Workplace-Policy lag. Eine Dame der Regierungskoalition übersetzte, in ihrem hilflosen Versuch, den Antrag als unbegründet und fehlerhaft darzustellen, sogar den Fachbegriff der „Workplace-Policy“ wortwörtlich und damit falsch. Bei der Abstimmung in der Sache wurde der Antrag durch die Regierungskoalition abgelehnt.

Verlängerung der Konzession zur Ölförderung im Wattenmeer

Jost de Jager hatte das Parlament während der Plenarsitzung im Mai nicht wahrheitsgemäß über die bereits zu diesem Zeitpunkt erfolgte Genehmigungsverlängerung für die Mittelplate A informiert. Hinzu kommt, dass der Abteilungsleiter der zuständigen Fachaufsicht für das Landesbergamt Mitglied im Beirat von RWE ist. Die Grünen hatten deshalb einen Missbilligungsantrag gegen Wirtschaftsminister Jost de Jager gestellt. Die Linksfraktion nahm dies nicht nur zum Anlass, dessen Verhalten im Umgang mit der Verlängerung der Ölförderung für Mittelplate A zu kritisieren, sondern forderte den „Panneminister“ darüber hinaus auf, sich für die Rücknahme der Ölförderungsgenehmigung einzusetzen. Eine Falschinformation des Parlamentes lapidar als „Panne“ zu bezeichnen, sei ebenso fahrlässig, wie die Beschäftigung eines RWE Beiratsmitglied in der Fachaufsicht für das Landesbergamt, erklärte Ranka Prante, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN. Sie meinte, dass der Missbilligungsantrag gegen Wirtschaftsminister Jost de Jager der richtige Zeitpunkt für die Übergangsregierung gewesen wäre, endlich Demut und Respekt gegenüber dem Nationalpark und damit unserer Natur zu zeigen. Die SPD wollte sich einer generellen Missbilligung der Konzessionsverlängerung nicht anschließen. Die Regierungskoalition sah unter anderem das Thema als unberechtigt aufgebauscht an und erklärte, man sehe in dem Missbilligungsantrag reines Parteienkalkül.

Fortsetzung nächste Seite

Zu diesem Zeitpunkt demonstrierten Frauen der LAG der Autonomen Frauenhäuser unter dem Motto „Ihr geht über Leichen“ gegen die geplanten Kürzungen vor dem Landeshaus. Unsere frauenpolitischen Sprecherin Ranka Prante bekam genauso wie die anderen Fraktionen die Gelegenheit, ein Grußwort an die



Demonstranten zu richten. Ranka Prante sprach ihnen die absolute Solidarität der Linksfraktion aus. Bemerkenswert war, dass eine anwesende Vertreterin der FDP sich unter dem Hinweis, sie sei nicht die frauenpolitische Sprecherin der FDP, weigerte zu den Frauen zu sprechen. Im Plenarsaal war ihr jedoch die Einmischung in die Frage zur Notwendigkeit einer Workplace-Policy trotz mangelnder Zuständigkeit möglich. Es bleibt zu hoffen, dass alle Frauen in dieser Zeit, in der komplexe Strukturen zerschlagen werden, die dem Schutze und der Gleichstellung von Frauen dienen sollen, wieder enger zusammen rücken, sich nicht aus der Affäre stehlen und füreinander und nicht gegeneinander kämpfen!

Heftiger Streit in der Integrationsdebatte: Stand in Schleswig Holstein

Die hitzige Debatte über die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund und den Islam im Allgemeinen losgetreten von Thilo Sarrazin, nahm im Landtag etwa zwei Stunden in Anspruch. Begriffe wie „Fordern, Fördern, Sanktionieren und Integrieren“ prägten dabei die Debatte.

Die noch-regierungstragenden Parteien verwiesen auf die Problematik im Bezug auf integrationsunwillige Menschen und Kriminalstatistiken über Jugendlichen mit Migrationshintergrund und forderten diesbezüglich strengere Maßnahmen und Sanktionen. Die Oppositionsparteien hingegen sahen die Ursachen der Integrationsschwierigkeiten als soziales Problem und setzten verstärkt auf Bildung und Sprachkurse. Sie kritisierten insgesamt die Äußerungen der schwarz-gelben Koalition als sehr populistisch. Antje Jansen, integrationspolitische Sprecherin der Linken kritisierte die geplanten Kürzungen und nannte sie sachlich kontraproduktiv. Sie wies in der Frage der Integration auf die besondere Verantwortung der Landesregierung hin und fügte zugleich hinzu: „Kommunen und anderen Akteuren müssen für eine gelungene Integration dringend die nötigen Finanzen zur Verfügung gestellt werden“. Darüber hinaus definierte Jansen Integrationspolitik als eine Gesellschaftsaufgabe, die Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik umfasse. Die Forderung nach Gleichberechtigung auf allen Ebenen war die Quintessenz ihrer Rede. „Wer von Integration redet, darf über soziale Sicherheit, rechtliche Gleichstellung und wirksame Antidiskriminierungsgesetze nicht schweigen“ so Antje Jansen.



Antje Jansen

Die Förderung der deutschen Sprache bereits in frühen Jahren, unabhängig davon ob jemand Migrationshintergrund habe oder nicht, hält sie für einen entscheidenden Schritt in die richtige Richtung. Durch Erwähnung der Streichung des beitragsfreien KITA-Jahres durch die Landesregierung stellte Jansen deren angeblichen Bemühungen in Sachen Integration weitgehend in Frage. Dieses freie Jahr erlaube gerade Kindern mit Migrationshintergrund den Zugang zum Kindergarten und stärke ihre Sprachkompetenz. Antje Jansen ging auch auf Sarrazins Äußerungen und die Religionsdebatte ein, welche zuletzt mit dem Redebeitrag des Bundespräsidenten Wulff losgetreten wurde. „Menschenverachtende Äußerungen über bestimmte Religionen führen nicht zur Lösung der Probleme, sondern verschärfen die gesellschaftlichen Differenzen und gefährden das friedliche Zusammenleben,“ so Jansen. Sie bekräftigte außerdem, dass aus der Rede des Bundespräsidenten ein starkes Signal an das konservative Spektrum der politischen Parteien ausgehe. „Bitte nehmen sie das Signal zur Kenntnis“ sagte Antje Jansen und wies darauf hin dass die neu entbrannte Diskussion der christliche Leitkultur in den Reihen der CDU kontraproduktiv für ein solidarisches Miteinander sei. Es reicht nicht, nur auf Probleme aufmerksam zu machen, betonte Antje Jansen und stellte daraufhin ein paar Fragen. „Warum ist Integration noch nicht gelungen?“ und „Wie sieht es derzeit aus? Sie forderte die Landesregierung auf, sich der politischen und finanziellen Verantwortung zu stellen um die nötigen Schritte für eine erfolgreiche Integration einzuleiten.



Zudem versuchten sie durch Seitenhiebe auf einen sozialdemokratischen Abgeordneten von dem eigentlichen Gegenstand der Debatte abzulenken. Leider verhalf der Übergangsregierung erneut die kleine Mehrheit von einer Stimme dazu, den Antrag abzulehnen und so den „Pannenminister“ Jost de Jager ungeschoren davon kommen zu lassen.



„Unschuldminister“ Jost de Jager

Spielbankengesetz

Am 7.10.2010 verabschiedete der Schleswig-Holsteinische Landtag in zweiter Lesung das Gesetz zur Änderung des Spielbankgesetzes. Dabei geht es um Veränderungen der Abgabenbelastung zugunsten der zu privatisierenden Spielbanken und infolgedessen zu Mindereinnahmen für das Land und die Spielbankkommunen. Das Land hatte 2009 Einnahmen von 7,669 Millionen Euro, die nach der Haushaltsplanung von 2011 auf 2,8 Millionen und 2012 auf 2,6 Millionen Euro abschmelzen sollen. Für die Spielbankkommunen sehen die Mindereinnahmen so aus:

	Ist 2009	Soll 2012
Flensburg	419.000	212.000
Kiel	846.000	520.000
Schenefeld	1.695.000	910.000
Westerland	324.000	151.000
Lübeck	1.012.000	650.000

Das heißt, schwarz-gelb beschert Land und Kommunen von 2009 auf 2012 Einnahmeverluste von zusammen fast 7 Millionen Euro, auch wenn die Kommunen eine Kompensation aus dem kommunalen Finanzausgleich erwarten können. In Zeiten schwieriger öffentlicher Finanzen ein bemerkenswerter Vorgang. Sowohl SPD als auch die Grünen haben dem Gesetz zugestimmt. Nur DIE LINKE und der SSW haben gegen das Gesetz gestimmt. Dies ist umso bemerkenswerter, als im Gesetzentwurf ganz offen davon die Rede ist, die Spielbanken privatisieren zu wollen.

„Die umfassende Änderung des Spielbankgesetzes mit dem Ziel, die Voraussetzungen für die nach dem Koalitionsvertrag vorgesehene Privatisierung zu schaffen, soll erst in einem zweiten Schritt erfolgen...“

Von SPD und Grünen ist hier kein Widerstand zu erwarten, wie gewohnt wird dort eine Art Neoliberalismus-Light gepflegt. Das ist ein bedeutender Teil des Geheimnisses der Staatsverschuldung: Einnahmeverluste durch Steuer- und Abgabensenkungen bei gleichzeitiger Erfüllung der inflationären Ansprüche aus der Wirtschaft.

Vermeintlich stehen den Einnahmeverlusten Einsparungen im Bereich der Spielbankrevision gegenüber. So sollen deren Stellen von 54 auf 27 halbiert werden. Nur: bereits jetzt ist die Umstellung auf Videoüberwachung geplant, so dass die Halbierung der Stellen ohnehin durchgeführt worden wäre. Glatt gelogen ist die Behauptung, dass die Spielbankgesellschaften ohne Gesetzesänderung erhebliche Verluste verzeichnen müssten. Denn alleinige Gesellschafterin der Spielbankgesellschaften ist die landeseigene Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein mbH. Das heißt, es würde im schlimmsten Fall aus dieser Gesellschaft zu Verlustausgleichen kommen müssen, die aber gegenüber den Einnahmen nicht nennenswert wären. Deshalb kann es darum auch gar nicht gehen. Die Struktur der Spielbanken soll offensichtlich so gestaltet werden, dass das Land den künftigen privaten Betreibern satte, risikolose Gewinne garantiert.

Die zukünftigen privaten Gewinne werden aus den saldierten Verlusten des Landes und der Spielbankgemeinden gespeist. Dieses Gesetz zeigt, wie wenig ernst es schwarz-gelb mit der Konsolidierung des Haushaltes nimmt und dass es ihnen – wie gehabt – darum geht ihre Klientel zu mästen.

Justizvollzugsanstalten in Flensburg und Itzehoe

Die Diskussion über den Bericht zur Lage der Justizvollzugsanstalten wurde von der gesamten Opposition dazu genutzt, die geplanten Schließungen der Justizvollzugsanstalten in Flensburg und Itzehoe zu kritisieren. Die Landesregierung plant aus Kostengründen diese beiden kleineren Anstalten zu schließen und die Haftplätze in die verbleibenden größeren Vollzugsanstalten zu verlegen. Allerdings ist dabei weder klar, ob die geplante Umstrukturierung tatsächlich Einsparung zur Folge hat, noch hat die Landesregierung die sozialen Folgen dieser Pläne berücksichtigt.

Einerseits würden die beiden Standorte Flensburg und Itzehoe unter dem Wegfall der direkten und indirekten Arbeitsplätze leiden. Andererseits wird das Recht der Häftlinge auf eine wohnortnahe Haft beschränkt, Besuche und die Resozialisierung werden erschwert.

Auch die Polizeigewerkschaft und das Landgericht Flensburg hatten sich gegen die Schließungen ausgesprochen. Erstere weil sie eine weitere personelle Belastung durch lange Autofahrten zu entlegeneren Gefängnissen fürchten und letztere weil sie auch den Landgerichtsstandort Flensburg bedroht sehen.

„Wir werden in den laufenden Haushaltsverhandlungen unsere Argumente in die Waage werfen, um die absolut überflüssigen und im Endeffekt viel zu teuren Sparmaßnahmen im Bereich des Justizvollzugs zu verhindern“, so Heinz-Werner Jezewski zu diesem Thema.



Tariftreue- und Vergabegesetz

Das schleswig-holsteinische Tariftreuegesetz läuft schon Ende 2010 aus und der SSW hatte daraufhin im letzten Jahr eine Debatte um ein neues Tariftreuegesetz angeschoben. Die SPD ist nun auf diesen Zug aufgesprungen und hat in die letzte Landtagssitzung fast wortgleich das existierende Tariftreue- und Vergabegesetz von Bremen eingebracht. Mit Ausnahme der wichtigsten Bestandteile; der Forderung nach einem Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen und einer wirksamen Kontrolle zur Einhaltung des Gesetzes durch eine Sonderkommission.

Dafür erntete die SPD viel Lob von CDU und FDP, die die Herausnahme eines Mindestlohnes aus dem Gesetzentwurf ausdrücklich begrüßten. Trotzdem lehnten die Regierungsfraktionen den Gesetzentwurf ab und wiesen auf einen Unterpunkt im geplanten Mittelstandsförderungsgesetz hin, in dem Regelungen zur Vergabe öffentlicher Aufträge enthalten sein werden. Diese bleiben auf einem absoluten Minimum stehen. Für die Fraktion formulierte Björn Thoroer die Kritik am Gesetzentwurf und machte deutlich: „Ein Mindestlohn von 10 Euro ist eine der Kernforderungen der LINKEN. DIE LINKE tritt für einen Mindestlohn ein, weil sie gerechte Löhne für gute Arbeit zu einer Selbstverständlichkeit machen will und nicht immer mehr zur Ausnahme. Was sagt das über die SPD aus, wenn sie nicht einmal mehr versucht, einen Mindestlohn im Gesetz zu verankern? Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie: Das ist arm. Wagen Sie doch zumindest den Versuch!“

Wir sind gespannt auf die Anhörungen zum Gesetzentwurf, bei denen dann Gewerkschaften, Sozialverbände, Initiativen und Arbeitgeberverbände auch zu unserem Änderungsantrag äußern werden, der eine wirksame Kontrolle zur Einhaltung des Gesetzes und einen Mindestlohn von 10 Euro fordert. Vielleicht bemerken dann noch mehr Menschen, wie wichtig Druck von links im politischen Raum ist. Die LINKE war jedenfalls diesen Monat im Landtag die einzige Fraktion, die den Mindestlohn forderte.

Impressum:

Fraktion DIE LINKE im Schleswig- Holsteinischen Landtag

V.i.S.d.P.:
Referat
Öffentlichkeitsarbeit
Ramona Hall
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Telefon 0431 / 988 16 12
Telefax 0431/ 988 16 18
hall@linksfraktion-sh.de

Redaktionelle Beiträge:
Julia Nüß, Dana Tegge,
Surya Stülpe, Jens Schulz,
Dr. Thomas Herrmann

Terminhinweis

Maritime Konferenz: »Die Küste brennt – die maritime Wirtschaft unserer Küstenländer zwischen Flaute und frischer Brise«

am Sonnabend, 13. November 2010, von 11 bis 17 Uhr, im Bürgerschaftssaal im Rathaus Wismar, Am Markt 1, in 23966 Wismar, sowie im Steigenberger Hotel Stadt Hamburg, Am Markt 24, in 23966 Wismar.

Forum 1 – Zukunft Schiffbau

Der Schiffbau als Schlüsselindustrie oder Auslaufmodell? Reaktion auf den maritimen Strukturwandel zwischen nationaler Konkurrenz und europäischer Industriepolitik

Forum 2 – Seeschifffahrt

Arbeitsbedingungen, Verkehrsströme und wirtschaftliche Entwicklungen des Güter- und Personenverkehrs in Nord- und Ostsee

Forum 3 – Norddeutsche Seehäfen

Ökonomische und arbeitsmarktpolitische Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise für die norddeutschen Seehäfen und Perspektiven

Forum 4 – Kooperation der Häfen als Ausweg?

Wege der Kooperation und strukturierter Arbeitsteilung der norddeutschen Seehäfen statt Standortkonkurrenz und konzeptloser Verkehrsinvestitionen in Einzelprojekte

Forum 5 – Hinterlandanbindung der Seehäfen

Ökologische Verkehrskonzepte zur Anbindung der norddeutschen Seehäfen und Abwicklung der Verkehrsströme